



Antwort zur Anfrage Nr. 1449/2023 der AfD-Stadtratsfraktion betreffend **Temporäre Aktionen der Stadtverwaltung in den Sommerferien (AfD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welche Kosten fielen durch die Intervention Regierungsviertel an?

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen noch nicht alle Rechnungen vor. Daher ist eine abschließende Antwort nicht möglich.

2. Welche Auswirkungen auf den Verkehr auf Umleitungsstrecken hatte die Sperrung der Großen Bleiche?

Nur in den ersten Tagen hat sich gezeigt, dass sich -vergleichbar mit anderen Baustellen und entsprechenden Umleitungsverkehren- die Verkehrsteilnehmer:innen an die Situation erst gewöhnen müssen. Es wurde anfangs vereinzelt in die Flachmarktstraße eingefahren, um dann entweder im Bereich der Petersstraße zu wenden, die Bauerngasse zu nutzen oder sogar regelwidrig durch die Schuster-/Quintinsstraße zu fahren.

Bei der angestrebten dauerhaften Sperrung der Großen Bleiche für den Durchgangsverkehr des motorisierten Individualverkehrs (MIV) muss noch stärker darauf geachtet werden, kontinuierliche Verkehrskontrollen durchzuführen und auch die Achse Schusterstraße/Bauerngasse so umzugestalten, dass keine zusätzlichen Schleichverkehre entstehen.

3. Wie wurden die Auswirkungen der Sperrung der Großen Bleiche auf den Verkehr auf Umleitungsstrecken von der Stadtverwaltung festgestellt?

Wie bei jeder Straßensperrung wird das Verkehrsgeschehen von der Verwaltung ggf. zusammen mit der Polizei beobachtet.

4. Inwieweit waren während der Sperrung der Großen Bleiche Anwohner von vermehrtem Verkehr betroffen?

Die Sperrung der Durchfahrt für den MIV bewirkte nur kleinräumige Wegeänderungen, sodass weit überwiegend von lediglich verlagertem Verkehr auszugehen ist. In moderatem Umfang betroffen waren hiervon u.a. die Bauhofstraße und die Kaiserstraße.

5. Das Regierungsviertel ist vor allem auch Arbeitsplatz für viele Menschen. Inwieweit nahmen im Viertel tätige Mitarbeiter an den Befragungen teil oder reichten Vorschläge ein?

1.249 Bürger:innen haben an der Umfrage teilgenommen. Davon haben 18% angegeben im Regierungsviertel zu arbeiten.

6. Welche Qualität schreibt die Stadtverwaltung dem Umfrageergebnis zur Intervention zu angesichts der Tatsache, dass die Umfrage nicht repräsentativ war?

Die Umfrage ist Teil einer sehr intensiven und breit aufgestellten Bürger:innenbeteiligung. Sie stellte nur eine Möglichkeit dar, sich aktiv am Planungsprozess beteiligen zu können. Durch die große Beteiligung der Bevölkerung besitzt die Umfrage, wie auch die gesamte Veranstaltungsreihe, eine herausragende Qualität.

7. Warum glaubt die Stadtverwaltung, dass durch Plastikmöbel und Baumarktästhetik das Regierungsviertel aufgewertet würde?

Die Installationen wurden durch Auszubildende des Grün- und Umweltamtes in sehr hoher Qualität entworfen und hergestellt.

8. Wie häufig wurde die Sperrung der Großen Bleiche von Kfz-Fahrern missachtet?

Neben der unter 2. beschriebenen anfänglichen Effekte ist der Verwaltung keine Missachtung der Sperrung bekannt.

9. Welche Schlussfolgerungen zieht die Stadtverwaltung aus der Intervention im Regierungsviertel für die Sperrung anderer Straßen in der Innenstadt für Kfz?

Die getroffenen Maßnahmen im Zuge der Interventionen des Forums Regierungsviertels sind nicht auf andere städtebauliche Situationen übertragbar. Die spezifischen Rückkopplungen aus der Bevölkerung spiegeln sich in den verabschiedeten Empfehlungen als Ergebnis der Veranstaltungsreihe Forum Regierungsviertel.

10. Welche Auswirkungen auf den Verkehrsfluss hat die Stadtverwaltung durch die temporäre Einrichtung von Busspuren auf der Rheinstraße festgestellt?

Während des zweiwöchigen Versuchszeitraums konnten in über 300 Stunden Erhebungszeitraum lediglich während 6 Stunden größere Behinderungen des Verkehrsflusses festgestellt werden. Hiervon erstreckte sich ein beträchtlicher Teil auf den Nachmittag des 12.08.2023, an dem sich mehrere ungünstige Rahmenbedingungen überlagerten (u.a. Sperrung der Schiersteiner Brücke, Theodor-Heuss-Brücke nur eine Fahrspur pro Richtung frei, Pokalspiel in MEWA-Arena mit 30.000 Zuschauern).

Im übrigen Zeitraum floss der Verkehr ohne Beeinträchtigungen.

11. Wie wurden die Auswirkungen auf den Verkehrsfluss durch die temporäre Einrichtung von Busspuren von der Stadtverwaltung festgestellt?

Die Auswirkungen wurden mittels einer Seitenradarmessung nachgewiesen. Diese ergaben, dass die Fahrgeschwindigkeiten abgesehen von den unter 10. erwähnten kurzzeitigen Stauphasen nahe der zulässigen 30 km/h lagen, d.h. kein Stop-and-Go-Verkehr abzuleiten war.

12. Warum wurden die Busspuren auf der Rheinstraße nicht nach Beendigung der Konzerte auf der Malakoff-Terrasse sofort entfernt?

Das Rheinufer ist im Alltags- und Freizeit-Verkehr für Fußgänger:innen und Radfahrende eine wichtige und hoch frequentierte Achse. Neben Pendelradverkehr, der die Weiterverteilung über die abgehenden Straßenzüge in die Innenstadt und weiterführende Stadtteile nutzt, ist die Strecke auch als Europäischer Rheinradweg von überregionaler Bedeutung ausgewiesen (zwischen 3.500 und 5.000 Radfahrende am Tag). Hinzu kommt die hohe Aufenthalts- und Naherholungsbedeutung für den Fußverkehr. Diese Faktoren führen in gewöhnlicher werktäglicher

und Wochenend-Belastung schon zu hohen Frequenzen und Flächenkonflikten, welche sich während der Sommerferien zusätzlich steigern, da das Rheinufer in dieser Zeit für weitere Besucherzahlen attraktives Ziel für verschiedene Nutzungen ist. Angesichts eines Radverkehrsanteils von 25 %, der neben klassischen Radmodellen auch zunehmend z.B. auch Pedelecs und Lastenräder umfasst, ist in der hochfrequentierten Zeit der Sommerferien sowie die zusätzlichen Beeinträchtigung durch „Summer in the City“ zur Konfliktreduzierung und Flächengerechtigkeit für die diversen Nutzungen entlang des Rheinufers eine adäquate Radumleitung dringend erforderlich.

Da sich das Angebot im Zuge der Veranstaltung zunehmend etablieren konnte, sollte aufgrund der anhaltenden hohen beschriebenen Rad- und Fuß-Frequenzen am Rhein aufgrund der Sommerferien das Angebot eine weitere Woche getestet werden. Dabei war es das Ziel des Verkehrsversuchs, zu eruieren ob während der Kfz-verkehrsärmeren Ferienzeit das Angebot der freigegebenen Busspur eine Lösung ist, die zukunftsfähig dem Stadtratsauftrag 1347/2022 der Radumleitung entspricht. Da die Kfz-Zahlen durch die Urlaubsrückkehrer zum Ende der Sommerferien wieder ansteigen, wurde der Verkehrsversuch eine Woche vor Ende der Sommerferien wieder abgebaut.

13. Welche Kosten fielen durch die temporäre Einrichtung von Busspuren auf der Rheinstraße an?

Die Kosten für Beschilderung und Markierung beliefen sich auf rund 24.000 €.

14. Warum war nach Ansicht der Stadtverwaltung die Sperrung des wichtigen Rheinradweges für die Veranstaltung „Summer in the City“ notwendig?

Aufgrund der Lage der Bühne bei „Summer in the City – at the River“ (11.-13.08.2023) wurde eine Umleitung für den Radverkehr nötig und seitens des Veranstalters mainzplus CITYMARKETING mit der Verwaltung abgestimmt.

Bei den Planungen wurde von Anfang an eine Umleitung des betroffenen Radwegs am Rheinufer vorgesehen. mainzplus stand hier im engen Austausch mit der Straßenverkehrsbehörde des Stadtplanungsamts und dem fahrRad Büro.

15. Wie sah das für die Veranstaltung „Summer in the City“ gesperrte Gebiet am Rhein kartografisch aus?

Der Stadt wurde zusammen mit der Veranstaltungsmeldung (02/23) ein Lageplan für das Veranstaltungsgelände eingereicht. Eine Übersichtskarte mit dem Veranstaltungsgelände ist als Anlage beigefügt.

16. Waren die Maßnahmen in der Rheinstraße und in der Großen Bleiche dazu gedacht, um Autofahrer aus der Innenstadt zu drängen?

Nein.

Beide Verkehrsachsen weisen einen spürbaren Anteil an Durchgangsverkehr auf, d.h. Verkehrsbeziehungen, die nicht die Innenstadt als Quelle oder Ziel aufweisen. Die Verwaltung geht von einem breiten Konsens aus, dass diese Verkehre aus der Innenstadt heraus weiträumig auf den Autobahnring verlagert werden sollten. Die umgesetzten Maßnahmen, die einen höheren „Widerstand“ zur Befahrung der Durchgangachsen bewirken, können dieses Ziel fördern.

Die Erreichbarkeit innerstädtischer Ziele wurde durch die Verkehrsversuche nicht grundsätzlich verhindert, und dies war auch nicht deren Ziel. Gleichwohl ist es zur Aufwertung der zent-

ralen Innenstadt wünschenswert und vertretbar, wenn auch diese Verkehre aus dem öffentlichen Verkehrsraum verstärkt in Parkhäuser geleitet werden, was mit den Maßnahmen durchaus gefördert werden kann.

17. Welche Gründe sieht die Stadtverwaltung, zukünftig bei der Sperrung von Straßen für Kfz zurückhaltender zu agieren?

Angesichts der in beiden Fällen weitreichend problemlosen Abwicklung sieht die Verwaltung keine Gründe, künftig von derartigen Versuchen abzusehen. Gleichwohl wird die Verwaltung in der Zukunft geplante Konzeptansätze anhand der gewonnenen Erfahrungen weiterentwickeln.

Mainz, 11.10.2023

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete